

# Geiersberger ■ Glas

& Partner mbB  
Rechtsanwälte und Fachanwälte  
Rostock ■ Schwerin

Geiersberger ■ Glas Doberaner Straße 10-12 18057 Rostock

**vorab per Fax: 0385-59586-570 (ohne Anlagen)**  
**vorab per E-Mail: Alfons.Terhalle@staluwm.mv-regierung.de**

Staatliches Amt für Landwirtschaft  
und Umwelt Westmecklenburg  
z. H. Hr. Terhalle  
Bleicherufer 13  
19053 Schwerin

Wariner Pflanzenbau u.a. wg. Managementplan  
Aktenzeichen: **01230-15/KÜ/fi**  
Sekretariat: Frau Fischer  
Telefon: 0381/461198-25  
**Rostock, 31.07.2015**

## **Stellungnahme zum Entwurf eines Managementplans für das Vogelschutzgebiet „Schweriner Seen“**

Sehr geehrter Herr Terhalle,  
sehr geehrte Damen und Herren,

wir zeigen an, dass wir die rechtlichen Interessen der folgenden zehn Landwirtschaftsbetriebe wegen der Managementplanung in dem Vogelschutzgebiet „Schweriner Seen“ (DE 2235-402) anwaltlich vertreten.

### Rostock

- ▶ Dr. Doris Geiersberger  
Fachanwältin für Arbeitsrecht  
Mediatorin
- ▶ Ingo Glas  
Fachanwalt für Agrarrecht  
Fachanwalt für Steuerrecht
- ▶ Dr. Gerold Kantner  
Fachanwalt für Bau-  
und Architektenrecht  
Mediator
- ▶ Dr. Thomas Hänsch  
Fachanwalt für  
Handels- und Gesellschaftsrecht
- ▶ Karsten Bossow  
Fachanwalt für Arbeitsrecht  
Fachanwalt für Medizinrecht
- ▶ Birgit Köhler  
Fachanwältin für Familienrecht  
Mediatorin
- ▶ Steffen Wenzel  
Fachanwalt für Miet- und  
Wohnungseigentumsrecht
- ▶ Janin Gurtz
- ▶ Dr. Carlo Thiel  
Mediator
- ▶ Dr. Robert Krüger

Doberaner Hof  
Doberaner Straße 10-12  
18057 Rostock  
Tel. 0381 - 46 11 98 0  
Fax 0381 - 46 11 98 11

■ Parkhaus Doberaner Hof

### Schwerin

- ▶ John Booth  
Fachanwalt für Steuerrecht  
Fachanwalt für Agrarrecht
- ▶ Constanze von Plessen
- ▶ Max Allendorf

Werderstraße 125  
19055 Schwerin  
Tel. 0385 - 55 58 00  
Fax 0385 - 55 58 029

kanzlei@geiersberger.de  
www.geiersberger.de

PartG mbB  
Amtsgericht Rostock PR 46  
USt-IdNr.: DE216453783

Commerzbank Rostock  
IBAN: DE07 1304 0000  
0104 6788 00  
BIC: COBADEFFXXX

## 1. Wariner Pflanzenbau eG

Ausbau 7, 19417 Trams

Ackerfläche: 3.000 ha

Grünlandfläche: 300 ha

Fläche im Vogelschutzgebiet: 60 ha

Die Genossenschaft ist ein Mischbetrieb, der Ackerbau und Mutterschafhaltung betreibt.<sup>1</sup>

## 2. Gutsverwaltung Neu-Schlagsdorf

Speicherstraße 5a, 19067 Neu Schlagsdorf

Ackerfläche: 880 ha

Grünlandfläche: 80 ha

Fläche im Vogelschutzgebiet: 950 ha

Es handelt sich um einen reinen Ackerbaubetrieb, der Gerste, Weizen, Raps, Mais und Zuckerrüben anbaut.

## 3. Landwirtschaftsgesellschaft Zahrendorf GmbH &amp; Co. KG

Hauptstraße 15A, 19412 Zahrendorf

Ackerfläche: 1.422 ha

Grünlandfläche: 270 ha

Fläche im Vogelschutzgebiet: 435 ha

Die Gesellschaft ist ein reiner Ackerbaubetrieb, der Gerste, Weizen, Raps, Mais und Zuckerrüben anbaut.

## 4. Produktivgenossenschaft Leezen e.G.

An der Galline 14, 19067 Leezen

Ackerfläche: 820 ha

Grünlandfläche: 7 ha

Fläche im Vogelschutzgebiet: 820 ha

Die Genossenschaft betreibt Ackerbau für Weizen, Raps und Gerste sowie Futtermittel. Dazu kommt eine Milchviehhaltung in Görstow und eine Schweinehaltung in Leezen.

## 5. W. N. Pon-Kuhpon

An der Waldkoppel 1, 19412 Kaarz

Ackerfläche: 427 ha

Grünlandfläche: 182 ha

Fläche im Vogelschutzgebiet: 219 ha

Es handelt sich um einen Mischbetrieb, der im Bereich Ackerbau überwiegend Weizen, Hafer, Raps und Mais anbaut. Dazu kommen Luzerne und Ackergras. Ferner wird umfangreich Grünland bewirtschaftet. Daneben betreibt der Betrieb Milchvieh- und Mutterkuhhaltung.

---

<sup>1</sup> Für eine bessere Verständlichkeit werden die Flächenangaben in ganzen Zahlen dargestellt.

## 6. Langen Brütz Agrar GmbH

Kleefelderstraße 22, 19067 Langen Brütz

Ackerfläche: 665 ha

Grünlandfläche: 222 ha

Fläche im Vogelschutzgebiet: 21 ha

Es handelt sich um einen Mischbetrieb, der Ackerbau und Rindernachzucht betreibt. Der Betrieb baut Weizen, Roggen, Gerste und Raps sowie Mais und Ackergras an. Dazu kommt eine umfangreiche Grassamenvermehrung.

## 7. Agrarhof Brüel eG

Goldener Weg 4, 19412 Brüel

Ackerfläche: 1.415 ha

Grünland: 254 ha

Fläche im Vogelschutzgebiet: 48 ha

Es handelt sich um einen reinen Ackerbaubetrieb, der Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Raps und Mais sowie Rüben, Luzerne und Ackergras anbaut.

## 8. Landwirtschaftsbetrieb Christian Nagel

Lindenallee 9, 19412 Tessin

Ackerfläche: 660 ha

Grünlandfläche: 22 ha

Fläche im Vogelschutzgebiet: 470 ha

Es handelt sich um einen reinen Ackerbaubetrieb, der jeweils zu einem Drittel Raps, Weizen und Gerste anbaut.

## 9. Gut Kleefeld – Gösta R. J. Schaper

Langenbrützer Weg 2, 19067 Kleefeld

Ackerfläche: 640 ha

Grünlandfläche: 22 ha

Fläche im Vogelschutzgebiet: 120 ha

Dieser reine Ackerbaubetrieb baut Gerste, Weizen und Raps an.

## 10. Gut Liessow GbR

Schweriner Straße 1a, 19067 Liessow

Ackerfläche: 190 ha

Die Gut Liessow GbR ist ein reiner Ackerbaubetrieb, der Gerste, Weizen, Mais und Raps anbaut.

Die Landwirtschaftsbetriebe bewirtschaften insgesamt eine Fläche von rund 11.478 ha (Acker- und Grünland). Davon liegen ca. 3.143 ha im Vogelschutzgebiet. Insgesamt werden in dem Vogelschutzgebiet ca. 7.258 Hektar ackerbaulich und ca. 1.616 Hektar als Grünland genutzt. Diese Stellungnahme repräsentiert damit 35 % der aktiven landwirtschaftlichen Flächennutzung in dem Vogelschutzgebiet.

Namens und in Vollmacht der Landwirtschaftsbetriebe nehmen wir Stellung zu einigen der Maßnahmen, die der Entwurf des Managementplans (Stand 17.03.2015) sowie das veröffentlichte Kartenwerk vorsehen.

## I. Einleitung

Die Landwirtschaftsbetriebe weisen einleitend auf die folgenden Gesichtspunkte hin.

### 1. Zielverfehlung der Managementplanung

Die Landwirtschaftsbetriebe legen Wert auf die Feststellung, dass das Verfahren für den Managementplan nicht den Anforderungen entspricht, die das Land Mecklenburg-Vorpommern aufgestellt hat. Das Land betont immer wieder<sup>2</sup>, der Managementplan enthalte einen konsensorientierten Maßnahmen- und Umsetzungsteil. Von einer Konsensorientierung kann in diesem Managementplan keine Rede sein. Allerdings fand eine gemeinsame Erarbeitung der Maßnahmen mit den betroffenen Landwirten nicht statt. Ein transparentes Verfahren, das es den betroffenen Landwirtschaftsbetrieben ermöglicht hätte, sich frühzeitig an der Maßnahmenentwicklung zu beteiligen, sieht anders aus.

Diese Vorgehensweise legt die Vermutung nahe, dass es dem StALU Westmecklenburg nicht bewusst ist, welche Auswirkungen die geplanten Maßnahmen für die künftige Bewirtschaftung der Flächen haben können. Andernfalls hätte die Behörde sicher die erforderliche Sensibilität gehabt, die betroffenen Landwirtschaftsbetriebe über die maßgeblichen Inhalte zu informieren und an der Maßnahmenentwicklung zu beteiligen. Nur so kann ein Managementplan entstehen, der das Ziel erfüllt, dass

*„(alle) Maßnahmen (...) im größtmöglichen Einvernehmen mit der örtlichen Bevölkerung durchgeführt werden.“<sup>3</sup>*

In diesem Zusammenhang erinnern wir daran, dass der Gesetzgeber einfordert, bei der Förderung naturschutzfachlicher Ziele die Belange der Landwirtschaft angemessen zu berücksichtigen. Das gilt auch für die Managementplanung in einem Vogelschutzgebiet:

*„Bei Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege ist die besondere Bedeutung einer natur- und landschaftsverträglichen (Landwirtschaft) für die Erhaltung der Kultur- und Erholungslandschaft zu berücksichtigen.“ (§ 5 Abs. 1 BNatSchG)*

<sup>2</sup> vgl. die Ausführungen der Landesregierung auf [http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal\\_prod/Regierungsportal/de/lm/Themen/Naturschutz\\_und\\_Landschaftspflege/NATURA\\_2000/Managementplanung/index.jsp](http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/lm/Themen/Naturschutz_und_Landschaftspflege/NATURA_2000/Managementplanung/index.jsp) (download: 30.07.2015).

<sup>3</sup> vgl. [http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal\\_prod/Regierungsportal/de/lm/Themen/Naturschutz\\_und\\_Landschaftspflege/NATURA\\_2000/Managementplanung/index.jsp](http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/lm/Themen/Naturschutz_und_Landschaftspflege/NATURA_2000/Managementplanung/index.jsp) (download: 30.07.2015).

## 2. Mängel der Managementplanung

Der Entwurf enthält Mängel, die es teilweise unmöglich machen, die Ergebnisse fachlich nachzuvollziehen. Ein Beispiel: Auf S. 53 f. des Entwurfs wird die Bedeutung der Arten für das Vogelschutzgebiet hergeleitet. Maßgeblich seien das Vorhandensein landesweiter Schwerpunktorkommen im Gebiet, eine landesweit ungünstige Bewertung auf der Grundlage der Roten Liste sowie ein europaweit ungünstiger Zustand. Sofern für eine Art zwei der vorgenannten Voraussetzungen zutreffen, sei sie für das Gebiet besonders bedeutsam. Diese Herleitung überzeugt aus mehreren Gründen nicht: Die Rote Liste nach *Eichstaedt et al.* aus dem Jahr 2003 ist älter als 12 Jahre; sie ist veraltet. Ähnliches gilt für die Einstufung eines europaweit ungünstigen Zustands in *Burfield & van Bommel* (2004). Zudem wirkt die Gewichtung willkürlich und bedarf weiterer Erläuterungen. Eine Darstellung und Bewertung der tatsächlichen Vorkommen der Arten wäre zielführender und zuverlässiger gewesen. Es ist im Übrigen nicht erkennbar, welches Ziel diese Darstellung verfolgt. Tatsächlich werden im weiteren Verlauf des Managementplans ganz überwiegend Maßnahmen aufgestellt für Vogelarten, die nach dieser Bewertung nicht besonders bedeutsam sind, z. B. Sperbergrasmücke, Neuntöter, Kranich und Wachtelkönig.

Es ist unerfindlich, warum temporäre oder suboptimale Strukturen nicht erfasst wurden (Entwurf, S. 51). Diese Strukturen sind für eine Bewertung der Möglichkeiten, dass der Erhaltungszustand der geschützten Arten unverändert bleibt oder sich verbessert, sehr wichtig, da sich hier durch Bewirtschaftungs- und Pflegemaßnahmen gute Effekte erzielen lassen. Ein kleinräumiges Mosaik verschiedenster Nutzungen im Hinblick auf Intensität und Struktur ist insbesondere für Neuntöter, Sperbergrasmücke, Heidelerche, Blaukehlchen und Wachtelkönig entscheidend. Diese Arten haben kleine Reviere, sie benötigen keine großflächigen Maßnahmen.

Ferner werden Maßnahmen für Vogelarten aufgenommen, die sehr selten in dem Schutzgebiet vorkommen sollen. Das gilt insbesondere für Blaukehlchen, Heidelerche und Kranich. Für Blaukehlchen und Heidelerche wird jeweils ein Bestand von zwei Brutpaaren ermittelt; der Kranich soll mit 20 Brutpaaren in dem Schutzgebiet vorhanden sein (Entwurf, S. 52). Diese Bestandszahlen liegen weit unterhalb des Landesdurchschnitts. Zum Vergleich: Der Kranich sollte in Mecklenburg-Vorpommern mittlerweile mit mehr als 3.600 Brutpaare vorhanden sein, so dass die Anzahl von 20 Brutpaaren im Schutzgebiet darauf hinweisen würde, dass hier die naturräumlichen Gegebenheiten nicht vorhanden sind, damit sich diese Vogelart optimal entwickeln kann. Der Kranich dürfte dann aber nicht als Zielart in dem Schutzgebiet geführt werden. Es dürfte auch neben der Sache liegen zu versuchen, die fehlenden natürlichen Gegebenheiten durch Maßnahmen künstlich zu schaffen.

Die Landwirtschaftsbetriebe fordern, kritisch zu hinterfragen, ob tatsächlich auch für Vogelarten – teilweise sehr einschneidende – Maßnahmen vorgesehen werden müssen, die in diesem Schutzgebiet ersichtlich nicht ihren Lebensraum-schwerpunkt haben. In diesem Zusammenhang ist es nicht hilfreich, allein die potentiellen Habitate zu erfassen; eine zuverlässige Maßnahmenplanung macht es erforderlich, die tatsächlich genutzten Habitate zu ermitteln. Eine Maßnahmenplanung, die versucht, dass jedes in Betracht kommende Habitat so zu entwickeln, dass sich dort die betreffenden Arten ansiedeln geht an der Lebenswirklichkeit vorbei und ist angesichts der teilweise erheblichen Beschränkungen für die (landwirtschaftliche) Flächennutzung nicht zu rechtfertigen.

### **3. Landwirtschaft als schutzzielfördernde Nutzung der Natur**

Die Landwirtschaftsbetriebe stellen fest, dass der Managementplan den Eindruck vermittelt, als sei die ackerbauliche Nutzung der Flächen innerhalb des Vogelschutzgebiets dafür verantwortlich, dass sich der Erhaltungszustand von einigen Zielarten nicht verbessern kann. Das Gegenteil ist richtig: Die Landwirtschaft hat in dieser Region dazu geführt, dass sich bestimmte Vogelarten etablieren konnten. Aufgrund der regional angebauten Kulturvielfalt stehen ausreichende (halb-) offene Ackerflächen für die Vögel kontinuierlich über das gesamte Jahr zur Verfügung. Auf allen nicht vollständig dicht und hoch mit Vegetation bestandenen Flächen gibt es ausreichend Nahrung. Zudem hat die Agrarpolitik der Europäischen Union seit 2008 dazu geführt, dass die landwirtschaftliche Bodennutzung einem anhaltenden strukturellen Wandel unterliegt. Insbesondere die Vorgaben zum sog. Greening verpflichten die Ackerbaubetriebe aktuell und künftig dazu, ihren Anbau weiter zu diversifizieren; sie sind grundsätzlich verpflichtet, zwei oder mehr Kulturen auf ihren Flächen anzubauen. Ferner wird der Anteil von Brachflächen als sog. ökologische Vorrangflächen stetig erhöht.

### **4. Regionalwirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft**

Der Entwurf des Managementplans (S. 18) führt aus, dass die Landwirtschaft in dem Vogelschutzgebiet ca. 39 % der Fläche nutzt. Gleichwohl wird der Eindruck erweckt, sie hätte – z. B. im Vergleich zum Tourismus und den Erholungsnutzungen – in der Region – kaum eine Bedeutung. Diese Darstellung steht wiederum im Widerspruch zu den Maßnahmen, die der Managementplan vorsieht, um die Ziele des Vogelschutzgebiets zu verwirklichen. Sie nehmen maßgeblich die landwirtschaftliche Flächennutzung ins Visier.

Die Landwirtschaftsbetriebe weisen in diesem Zusammenhang auf Folgendes hin: Sie beschäftigen in dieser strukturschwachen Region mehr als 120 Vollzeitarbeitskräfte, die ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft erwirtschaften und ganz überwiegend im nahen Umfeld der Betriebe leben. Gleichzeitig haben die Eigentümer von Flächen die Möglichkeit, sich mit der Verpachtung an die Betriebe eine (zusätzliche) Einkommensquelle zu erschließen. Diese Einkommenssituation und die Verwurzelung der Mitarbeiter und Verpächter in der Region sichern auch die Nahversorgung (Einzelhandel) sowie die Anbieter von Dienstleistungen wirtschaftlich ab.

Im Übrigen generieren die Landwirtschaftsbetriebe selbst eine Nachfrage bei lokalen Dienstleistern und Lieferanten. Der ganz überwiegende Teil der Aufwendungen für Dienstleistungen verbleibt in der Region mit allen positiven wirtschaftlichen Effekten, z. B. der Sicherung von Arbeitsplätzen.

Letztlich profitieren die öffentlichen Haushalte maßgeblich von der Landwirtschaft. Die Landwirtschaftsbetriebe tragen unmittelbar durch ihre eigenen Steuerzahlungen, aber auch mittelbar (z. B. Steuerzahlungen der Arbeitnehmer sowie der Dienstleister und Lieferanten) zum lokalen und regionalen Steueraufkommen bei.

Die Landwirtschaftsbetriebe stehen zu ihrer Verantwortung für den Naturraum, in dem sie wirtschaften. Das gilt insbesondere für die Erreichung der Ziele in dem Vogelschutzgebiet. Gleichzeitig handelt es sich dabei um eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft, weshalb es unbillig wäre, wenn der Vogelschutz durch Einzelne oder Wenige realisiert werden muss. Daher sollte die Managementplanung die geplanten Maßnahmen so ausgestalten, dass Sonderopfer der Landwirtschaftsbetriebe ausgeschlossen sind – sei es z. B. durch eine Entwertung des Flächeneigentums oder durch Einschränkungen, ihre Flächen marktorientiert bewirtschaften zu können. Im Übrigen darf die Managementplanung den Landwirtschaftsbetrieben nicht von vornherein die Möglichkeit nehmen, sich weiter zu entwickeln und die Nutzung ihrer Flächen an die landwirtschaftlichen Bedürfnisse anzupassen; das gilt z. B. für das Anlegen von Wegen.

## **II. Maßnahmenübergreifende Vorschläge und Anmerkungen**

Nachfolgend stellen die Landwirtschaftsbetriebe ein paar grundlegende Forderungen für einen Managementplan auf, der neben den Interessen des Naturschutzes auch die Interessen der Landwirtschaft berücksichtigt.

### **1. Agrarförderrechtskonformität der Maßnahmen**

Die Erfüllung der Greening-Verpflichtungen wird bei den Maßnahmen, die der Planentwurf vorsieht – wenn überhaupt – nur unzureichend berücksichtigt. Ersichtlich werden landwirtschaftliche Bewirtschaftungsmethoden, die im Rahmen des Greening als ökologisch vorteilhaft anerkannt sind, nicht berücksichtigt. Das betrifft z. B. die Maßnahme 0276\_1, die u. a. fordert, das vorhandene Grünland zu erhalten. Es wäre für eine greening-konforme Ausgestaltung der Maßnahme erforderlich erläuternd aufzunehmen, dass Grünland auch dann als erhalten gilt, wenn

- auf den Flächen Ackergras angebaut wird,
- die Flächen stillgelegt werden (brachliegende Flächen),
- auf den Flächen Puffer- und Waldrandstreifen oder Gründecken als ökologischen Vorrangflächen oder jährlich angesäte Blüh- und Gewässerschutzstreifen im Sinne der Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen angelegt werden.

Ferner ist sicherzustellen, dass die verwendeten Begriffe in dem Managementplan übereinstimmen mit denen des europäischen Agrarrechts. Ein Beispiel: Der Begriff Grünland erfasst nicht allein Dauergrünlandflächen sondern u. a. auch Flächen, auf denen Ackergras angebaut wird. Demzufolge muss es möglich sein, dass es ausreicht, für die Erfüllung einer Maßnahme, die die Grünlandbewirtschaftung einfordert, ackerbaulich Gras- und Grünfütterpflanzen anzubauen.

Es ist auch abzusichern, dass bei der Erfassung vorhandener Nahrungshabitate die Greening-Maßnahmen berücksichtigt werden, die außerhalb des Vogelschutzgebiets liegen. Diese Maßnahmen wirken sich günstig auf den Erhaltungszustand der geschützten Vögel aus. Es wäre lebensfremd, für die hoch mobile Avifauna nur die Nahrungshabitatflächen zu betrachten, die in einem bestimmten Aktionsradius vorhanden sind, obwohl es offensichtlich ist, dass die Vögel auch die an das Schutzgebiet angrenzenden und weiter entfernt liegenden Flächen nutzen.



Es ist daher eine grundlegende Forderung der Landwirtschaftsbetriebe,

**die geplanten Maßnahmen agrarförderrechtskonform auszugestalten, d. h., dass z. B. die landwirtschaftlichen Tätigkeiten, die im Rahmen des europäischen Agrarrechts als ökologisch vorteilhaft anerkannt werden, Berücksichtigung finden.**

## **2. Keine Entstehung von Dauergrünland**

Es ist ferner sicherzustellen, dass die Anforderungen von Grünlanderhaltungsmaßnahmen nicht nur dann erfüllt sind, wenn auf den betreffenden Flächen Dauergrünland vorhanden ist. Es gibt gleichwertige landwirtschaftliche Nutzungen, die denselben ökologischen Effekt erzielen. Dazu zählen der Anbau von Ackergras oder anderer Grünfütterpflanzen sowie die als ökologisch vorrangig eingestuften landwirtschaftlichen Tätigkeiten, z. B. Flächen stillzulegen (brachliegende Flächen) sowie Puffer- und Waldrandstreifen, Gründecken anzulegen. Diesen Flächennutzungen gleich stehen jährlich angesäte Blühstreifen und Gewässerschutzstreifen im Sinne der Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen.

Es muss auf den betroffenen Flächen möglich sein, die Tätigkeiten durchzuführen, die erforderlich sind, damit kein Dauergrünland entsteht. Die Entstehung von Dauergrünland hätte massive wirtschaftliche Folgen für den betroffenen Landwirt. Wegen der guten Qualität der ackerbaulichen Böden haben die Flächen einen ganz erheblichen Wert. Für eine ackerbauliche Fläche werden innerhalb des Vogelschutzgebiets derzeit zwischen 15.000 und 20.000 EUR/Hektar gezahlt; für eine Grünlandfläche dagegen maximal 7.000 EUR/Hektar. Eine Umwandlung von Ackerland zu Dauergrünland würde demzufolge eine ganz erhebliche Entwertung der Flächen (zwischen 8.000 und 13.000 EUR/Hektar) nach sich ziehen. Keiner der Landwirtschaftsbetriebe ist bereit, diese Entwertung ihrer Flächen hinzunehmen. Es ist auch unwahrscheinlich, dass kurzfristig Fördermöglichkeiten bestehen, die es den Betrieben ermöglichen, die Einkommensverluste, die mit einer Änderung der Nutzung einhergehen, adäquat auszugleichen. Das gilt umso mehr für einen Ausgleich bei einer Entwertung des Flächeneigentums.

Auf Flächen, die die Landwirtschaftsbetriebe gepachtet haben, sind sie tatsächlich gehindert, die ackerbauliche Nutzung dauerhaft in eine Grünlandbewirtschaftung zu ändern. Sie benötigen hierzu die Zustimmung des Verpächters, andernfalls würden sie sich schadenersatzpflichtig machen: Am Ende der Pachtzeit sind die Betriebe verpflichtet, an den Verpächter die gepachteten Ackerflächen als Ackerland zurückzugeben. Wenn sie die Flächen langfristig als Grünland nutzen, können sie diese Verpflichtung nicht erfüllen. Es kann Dauergrünland entstehen. Ein Schadenersatz umfasst jedenfalls den eingetretenen Wertverlust (siehe oben) und gegebenenfalls darüber hinaus auch künftige Einkommensverluste, die aus

der Umwandlung resultieren. Gleiches gilt für die Flächen, die die Landwirtschaftsbetriebe untereinander für die Bewirtschaftung getauscht haben.

Es ist daher eine Forderung der Landwirtschaftsbetriebe,

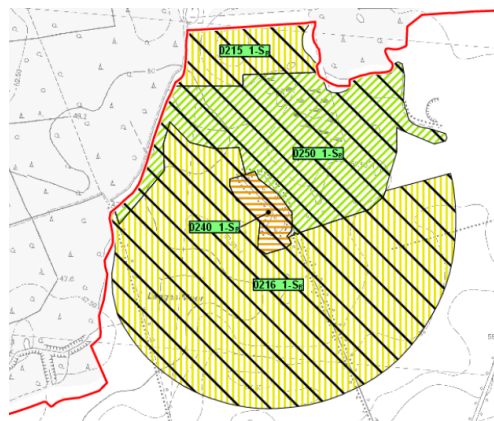
**dass auf den Flächen mit Grünerhaltungs- und Grünlandentwicklungsmaßnahmen die landwirtschaftlichen Tätigkeiten zulässig bleiben, die sicherstellen, dass der Status Ackerland erhalten bleibt.**

Diese Forderung für eine Anpassung der Maßnahme gilt ebenso für sämtliche anderen Maßnahmen, die den Erhalt von Grünland fordern, z. B. Schutz von störungsarmen Verlandungszonen und Grünlandflächen (0276\_1).

### 3. Keine absoluten Verbote für bestimmte Maßnahmen

Der Managementplan enthält an vielen Stellen absolute Verbote für bestimmte Maßnahmen. Ein Beispiel: Um störungsarme Ackerflächen als Nahrungshabitat für den Kranich zu erhalten (0210\_1 bis 0238\_1), soll es künftig verboten sein, diese Flächen aufzuforsten oder Wege neu anzulegen oder auszubauen.

Dabei handelt es sich regelmäßig um sehr große Flächen (vgl. Maßnahme 214\_1 [Karte Maßnahmen Brutvögel1\_1 (5)]):



Es gibt keinen Anhaltspunkt, warum es von vornherein und generell ausgeschlossen sein soll, dass auf Teilbereichen diese Ackerlandflächen in Forstland angelegt oder ein Weg errichtet wird. Es gibt auch keine naturschutzfachliche Begründung, dass sich der Kranich in diesem Habitatbereich nur dann optimal entwickeln kann, wenn die gesamte Fläche vollständig frei bleibt. Das kann im Einzelfall so sein, muss es aber nicht.

Vor diesem Hintergrund fordern die Betriebe, diese Verbote zu streichen oder so auszugestalten, dass es jedenfalls möglich bleibt, für jedes Einzelprojekt prüfen zu können, ob es mit den Erhaltungszielen vereinbar ist. Die aktuelle Ausgestal-

tung der Maßnahmen mit ihren absoluten Verboten schließt dies wohl aus. Ein Beispiel: Es ist davon auszugehen, dass ein Aufforstungsprojekt in einem Teilbereich dieser Fläche bereits durch den Managementplan dahingehend bewertet wird, dass es „(...) zu erheblichen Beeinträchtigungen des Gebietes in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen führen kann (...)“ (§ 34 Abs. 2 BNatSchG). Damit wäre jedes Aufforstungsprojekt von vornherein unzulässig; eine Einzelfallprüfung würde leerlaufen.

Etwas anderes ergibt sich auch nicht aus den Erläuterungen zu den rechtlichen Instrumenten (Entwurf, S. 161). Diese Ausführungen arbeiten nicht klar heraus, dass eine ergebnisoffene Einzelfallprüfung möglich ist, ob z. B. eine Neuanlage eines Wegs verträglich ist mit den Erhaltungszielen des Schutzgebiets.

Wir weisen in diesem Zusammenhang auf Folgendes hin: Nach § 32 Abs. 5 BNatSchG sollen für die Natura-2000-Gebiete Bewirtschaftungspläne aufgestellt werden. Weder der europäische noch der bundesdeutsche Gesetzgeber sehen vor, dass diese Managementpläne bestimmte Vorhaben in einem Schutzgebiet von vornherein für unzulässig erklären dürfen mit der Folge, dass eine projektbezogene Einzelfallprüfung nach § 34 BNatSchG tatsächlich nicht mehr stattfindet.

Es ist im Übrigen nicht die Aufgabe eines Managementplans, für bestimmte Tätigkeiten zu definieren, dass es sich um Projekte im Sinne von § 34 Abs. 1 BNatSchG handelt. Davon wäre aber nach dem Entwurf auszugehen, u. a. für Erstaufforstungen und bestimmte Maßnahmen an Wegen. Auch diese Frage ist für jeden Einzelfall gesondert zu erörtern.

Es ist daher eine grundlegende Forderung der Landwirtschaftsbetriebe,

**darauf zu verzichten, absolute Verbote für bestimmte Projekte in den Managementplan aufzunehmen**

oder

**ausdrücklich klarzustellen, dass in jedem Einzelfall eine ergebnisoffene Prüfung möglich bleibt, ob bestimmte Tätigkeiten Projekte im Sinne von § 34 BNatSchG sind und wenn ja, ob sie mit den Erhaltungszielen des Schutzgebiets vereinbar sind.**

Diese grundlegende Forderung gilt auch im Hinblick auf die gebietsweit gültige Maßnahme zum Schutz der Flugrouten von Großvögeln, wonach in dem gesamten Schutzgebietes von vornherein ausgeschlossen sein soll, künftig Windenergieanlagen errichten zu dürfen. Es ist im Einzelfall – in Übereinstimmung mit den landesplanerischen Vorgaben – zu entscheiden, ob an einem bestimmten Punkt des Gebiets Windenergieanlagen errichtet werden dürfen, weil die Flugrouten von

Großvögeln nicht betroffen sind. Diese Prüfung darf ein Managementplan nicht vorwegnehmen und – ohne tatsächliche Erörterung eines konkreten Vorhabens – die Zulässigkeit generell verneinen.

#### 4. **Kein absolutes Verbot von Vergrämnungsmaßnahmen**

Der Managementplan sollte darauf verzichten, auf bestimmten Flächen das gesetzlich bestehende Verbot aufzunehmen, Vögel zu vergrämen, z. B. zum Schutz der Nahrungsflächen für Gänse und Schwäne (Tabelle 22: 0001\_1 bis 0015\_1).

Es ist bereits nicht klar, was eine Vergrämnung von Vögeln damit zu tun haben soll, die Nahrungsflächen zu schützen. Selbst wenn Vögel von den Ackerflächen verschreckt werden, hätte dies keinen Einfluss auf die Qualität dieses Bereichs als Nahrungshabitat. In diesen und anderen Maßnahmen, die eine Vergrämnung verbieten, wird der Habitatschutz mit dem Schutz der Tiere unzulässig vermischt. Es wird der Eindruck erweckt, als würde das artenschutzrechtliche Vergrämnungsverbot auch dem Zweck dienen, die Habitatqualität zu sichern. Das ist unzutreffend.

Unabhängig davon ist das Verbot der Vergrämnung gesetzlich geregelt in § 44 BNatSchG. Es gibt keinen Grund, diese Vorgabe in dem Managementplan zu wiederholen; ersichtlich dient der Managementplan für ein Vogelschutzgebiet nicht dazu, die geltenden artenschutzrechtlichen Regelungen darzustellen oder zu übernehmen. Im Übrigen erweckt das absolute Verbot den Eindruck, als sei jede Vergrämnung rechtswidrig. Auch das ist unzutreffend: Eine Scheuchmaßnahme ist verboten, sobald die Vögel erheblich gestört werden, was der Fall wäre, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert (vgl. § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG). Unterhalb dieser Erheblichkeitsschwelle sind Maßnahmen zur Sicherung des Ackerbaus zulässig, auch wenn dafür Vögel von den Flächen gescheucht werden müssen.

Die Aufnahme des Vergrämnungsverbots führt ferner dazu, dass der Managementplan suggeriert, entsprechende Maßnahmen seien ein Projekt im Sinne von § 34 BNatSchG, deren Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen festgestellt werden müsse. Das wird durch den Hinweis auf das Umsetzungsinstrument R6 nahegelegt. Danach soll die Umsetzung „(...) über § 34 BNatSchG (Projektprüfung einschließlich Prüfung angezeigter Projekt“ (Entwurf, S. 161) erfolgen. Es ist zweifelhaft, dass sämtliche Scheuchmaßnahmen Projekte sind, für die nach § 34 Abs. 1 BNatSchG eine Verträglichkeitsprüfung durchzuführen oder deren Durchführung nach § 34 Abs. 6 BNatSchG anzuzeigen ist. Das gilt insbesondere für Maßnahmen, die unterhalb der Erheblichkeitsschwelle bleiben.

Da der Managementplan mit dem Vergrämnungsverbot über den gesetzlich vorgesehenen inhaltlichen Rahmen hinausgeht und die grundsätzliche Zulässigkeit von Scheuchmaßnahmen auf landwirtschaftlichen Flächen in Frage stellt, fordern die Landwirtschaftsbetriebe,

**das Vergrämnungsverbot aus sämtlichen Maßnahmen des Plans zu streichen.**

## **5. Keine Wiederholung gesetzlicher Verbotstatbestände**

Der Managementplan sollte ferner darauf verzichten, bereits gesetzlich verbotene Tätigkeiten aufzunehmen. Das gilt zum Beispiel für die Vorgabe, strukturgebende Elemente wie Hecken oder Strauchgruppen weder beeinträchtigen noch entfernen zu dürfen (Entwurf, S. 108). Bei diesen Landschaftselementen handelt es sich größtenteils um gesetzlich geschützte Biotope (vgl. § 20 NatSchAG i.V.m. Anlage 2). Es ist nicht ersichtlich, warum dieser Biotopschutz auch in die Managementplanung aufgenommen werden muss. Für den Vollzug des gesetzlichen Biotopschutzes ergibt sich daraus nichts.

Es ist auch sicherzustellen, dass die Vorgaben des Managementplans ein ansonsten zulässiges Handeln einschränken. So ist eine Beeinträchtigung von Hecken und Staudengruppen nur dann naturschutzrechtlich relevant, wenn sie erheblich oder nachteilig wäre (vgl. § 20 Abs. 1 NatSchAG M-V). Sollte der Managementplan nicht drauf verzichten können, gesetzliche Verbotstatbestände zu wiederholen, wäre zwingend darauf zu achten, dass diese Regelungen vollständig übernommen werden, insbesondere die Erheblichkeitsschwellen. Andernfalls würde in dem Vogelschutzgebiet ein strengeres Schutzregime als im übrigen Naturschutzrecht gelten, ohne dass es dafür eine gesetzliche Grundlage gäbe. Das wäre eine Praxis, die im Widerspruch zu den Anforderungen an ein rechtsstaatliches Handeln des Landes Mecklenburg-Vorpommern stünde.

## **III. Bewertung einzelner Maßnahmen**

Nachfolgend werden einige der geplanten Maßnahmen unter naturschutzfachlichen und rechtlichen Gesichtspunkten bewertet. Die Stellungnahme erfasst nicht sämtliche Maßnahmen, von denen die Landwirtschaftsbetriebe betroffen sind, was maßgeblich darauf zurückzuführen ist, dass sie lediglich wenig mehr als eine Woche Zeit hatten, um die komplexen naturschutzfachlichen Erwägungen des Entwurfs zu untersuchen und zu bewerten.

## 1. **Schutz störungsarmer Ackerflächen sowie wasserführender Sölle und Senken, Sümpfe und Verlandungszonen (Tabelle 21: 0199\_1 bis 209\_1)**

- a) Die Landwirtschaftsbetriebe regen an, klarer herauszuarbeiten, dass die Bewirtschaftung im Rahmen der guten fachlichen Praxis der Landwirtschaft (vgl. § 5 Abs. 2 BNatSchG) nicht als Störung der Ackerflächen einzustufen ist. Anders formuliert: Es ist ausdrücklich festzuhalten, dass die Bewirtschaftung der Flächen im Rahmen der guten fachlichen Praxis der Landwirtschaft dem Gebot entspricht, störungsarme Ackerflächen zu schützen.

Der Managementplan erkennt dies grundsätzlich an (Entwurf, S. 91), wobei die Relativierung dieser Einschätzung neben der Sache liegt. Es ist nicht erkennbar, dass die landwirtschaftliche Nutzung seit 2007 im Widerspruch zu den Erhaltungszielen des Schutzgebiets steht. Die Ausführungen im Managementplan suggerieren das Gegenteil. Sofern damit zum Ausdruck gebracht werden soll, dass die aktuelle landwirtschaftliche Nutzung von bestimmten Flächen im Widerspruch steht zu den Erhaltungszielen für einzelne Vogelarten, z. B. den Wachtelkönig, sollte eine entsprechende Erläuterung auf den jeweiligen Zusammenhang beschränkt bleiben.

Die Landwirtschaftsbetriebe fordern, diese Maßnahme wie folgt zu formulieren:

### **Schutz störungsarmer Ackerflächen im Sinne der guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft sowie wasserführende Sölle und Senken, Sümpfe und Verlandungszonen (...)**

- b) Die Maßnahmen 0199\_1 bis 0209\_1 sind vorgesehen für das Ziel, den Kranich zu schützen. Für den Schutz ist das Verbot vorgesehen, dass Wege weder ausgebaut noch angelegt werden dürfen. Für dieses umfangreiche Verbot gibt es keine naturschutzfachliche Begründung; Kraniche brüten mitunter unmittelbar neben Bundesstraßen oder Autobahnen, weil vorbeifahrende Fahrzeuge – anders als vorbeilaufende Menschen – keine Scheuchwirkung für diese Vogelart entfalten. Demzufolge ist es unerheblich, wenn auf den betreffenden Flächen Wege für Fahrzeuge, z. B. landwirtschaftliche Nutzfahrzeuge, angelegt oder ausgebaut werden. Das Verbot sollte – wenn überhaupt – nur für Flächenbereiche gelten, die sich in unmittelbarer Nähe eines Kranichbrutplatzes befinden.

Es dürfte wiederum sachgerechter sein, die Frage, ob z. B. der Ausbau eines Weges vereinbar ist mit den Erhaltungszielen für den Kranich, einzelfallbezogen zu klären. Das generelle Verbot im Managementplan dürfte einer Prüfung des Einzelfalls mit einer angemessenen Entscheidung entgegenstehen, obwohl feststeht, dass nicht jede Maßnahme an einem Weg geeignet ist, den Erhaltungszustand des Kranichs zu beeinträchtigen.

Daher fordern die Landwirte,

**dieses Verbot zu streichen**

oder

**klarzustellen, dass allein die Neuanlage oder der Ausbau von Wegen, die nicht (landwirtschaftlichen) Fahrzeugen dienen, in dem unmittelbaren Nahbereich von Brutplätzen des Kranichs geeignet sein können, sich nachteilig auf den Erhaltungszustand auszuwirken.**

Diese Forderungen gelten ebenso für die Maßnahme „Schutz störungsarmer Ackerflächen als Nahrungshabitate (0210\_1 bis 0238\_1)“ und alle anderen Maßnahmen, die eine störungsarme Nutzung bestimmter Flächen fordern, z. B. Schutz von störungsarmen Verlandungszonen und Grünlandflächen (0276\_1).

- c) Die Maßnahmen sehen ferner vor, dass der Wasserstand auf der Fläche nicht abgesenkt werden darf. Dieses Verbot widerspricht der derzeitigen Bewirtschaftung, für die zeitweise eine Beregnungsanlage eingesetzt wird. Diese Beregnungsanlagen werden zum Teil mit Wasser gespeist, das mit Hilfe von Tiefbrunnen gefördert wird, die sich auf der Fläche befinden. Es sollte klargestellt werden, dass die Wasserentnahme aus Brunnen für eine Beregnung der Flächen weiterhin zulässig ist.

Die Landwirtschaftsbetriebe fordern daher, die Maßnahme so zu formulieren,

**dass die Grundwasserentnahmen auf den betreffenden Flächen für eine Beregnung im Rahmen der landwirtschaftlichen Flächennutzung zulässig sind.**

## **2. Schutz von Grünlandflächen mit strukturreichen Hecken, Waldmänteln (Tabelle 21: 0247\_1 bis 0272\_1 und 0275\_1)**

Es ist für eine optimale Entwicklung der Sperbergrasmücke nicht zwingend erforderlich, dass als Nahrungshabitat ausschließlich Grünland vorhanden ist.

Da die Sperbergrasmücke lange Flugwege meidet, ist keine flächige Extensivierung oder Neuschaffung von Grünland erforderlich, um den Erhaltungszustand zu verbessern. Eine flächendeckende wünschenswerte Entwicklungsmaßnahme ist naturschutzfachlich daher nicht erforderlich: Die Entwicklung von Sperbergrasmücke und Neuntöter wird am besten gefördert, wenn sichergestellt ist, dass verschiedene und vielfältige Flächen im Umkreis der Bruthabitate vorhanden sind,

die in der Summe ein Gleichgewicht von Nahrungsangebot und -verfügbarkeit generieren. Deshalb ist sie auf insektenreiche Nahrungsflächen, die direkt an ihre Bruthabitate angrenzen, angewiesen. Dazu gehören Ackerrandstreifen, Blütenreiche, nicht allzu hohe, d. h. gemähte, Staudensäume entlang geeigneter Hecken, Feldgehölze und Waldränder, aber auch Pufferstreifen sind für diese Art wertvolle Nahrungsflächen.

Die entscheidenden Schritte in diese Richtung wurden mittlerweile unternommen. Die Greening-Vorgaben sowie die cross-compliance-Regelungen des Europäischen Agrarrechts fordern von den Landwirtschaftsbetrieben, diese Strukturen einzurichten und vorzuhalten, z. B. durch Anbaudiversifizierung und die Stilllegung von Flächen (Brachen). Die vorhandene landwirtschaftliche Struktur in dem Vogelschutzgebiet bietet bereits die erforderliche Vielfalt: Hier werden über Winter- und Sommergetreidekulturen angebaut, aber auch u. a. Saatgut vermehrt. Hinzu kommen erhebliche Ackergras- und Vielschnittflächen sowie die im Rahmen des Greenings (Puffer- und Feldrandstreifen, Brachen) für eine ackerbauliche Bewirtschaftung nicht zur Verfügung stehenden Bereiche. Das Flächenmosaik für ein optimales Nahrungsangebot besteht demzufolge bereits.

Ein naturschutzfachliches Erfordernis eines flächendeckenden Grünlanderhalts für die Sperbergrasmücke und den Neuntöter ergibt sich auch nicht aus den Erläuterungen in dem Managementplan (Entwurf, S. 92f.):

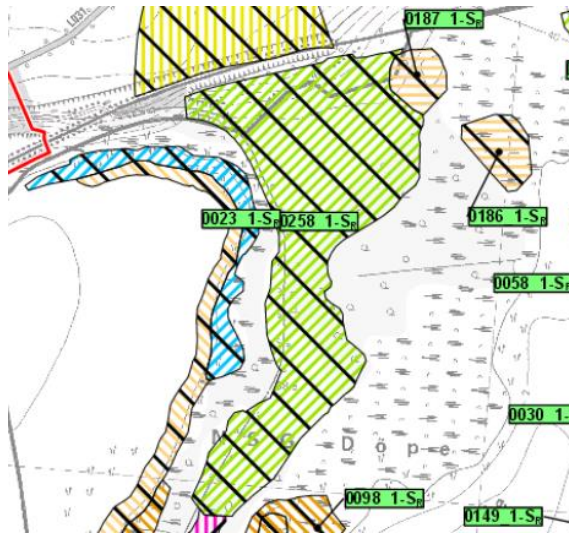
*„Die auf Gebietsebene ungünstigen Erhaltungszustände der Habitate von Neuntöter und Sperbergrasmücke beruhen auf einer zu geringen Ausprägung dichter Heckenstrukturen und fehlender geeigneter Nahrungsflächen entlang der Hecken in einigen Teilgebieten, was in einigen Teilgebieten auf landwirtschaftliche Nutzungen zurückzuführen ist. Hier sind das Angrenzen von intensiv bewirtschaftetem Acker oder Grünland an die Habitatflächen sowie das Fehlen von Ackerrandstreifen (...), zu nennen. In den Neuntöter- und Sperbergrasmückenhabitats östlich von Ahrensboek (...) führt eine relativ späte Mahd zu einem Hochwachsen von Gräsern und einer somit schlechteren Nahrungsverfügbarkeit zur Aufzuchtzeit (sic!) der Jungen bei beiden Arten. Dieser Aspekt der Grünlandbewirtschaftung ist zwar laut Leitfaden nicht bewertungsrelevant, wird jedoch gutachterlich dennoch als nachteilig für diese beiden Zielarten angesehen.“*

Diese Gesichtspunkte sind eher zutreffend für Greifvögel, nicht aber für Neuntöter oder die Sperbergrasmücke. Diese Vogelarten sind im Wesentlichen auf (Groß-)Insekten (Heuschrecken, Käfer, Hautflügler, Falter, Libellen, Spinnen) angewiesen. Diese Insekten halten sich nicht versteckt auf dem Boden auf, sondern durchaus häufig und in hoher Anzahl auch an Halmen, Blättern und Blüten, wo sie von Neuntöter und Sperbergrasmücke erbeutet werden können. Kurz- und langrasige Aspekte sollten entlang von Hecken demnach möglichst nebeneinan-



der auftreten, z.B. in der Abfolge Hecke – langer Staudensaum – Feldweg/Wirtschaftsweg – Wiese/Weide – Ackerfläche.<sup>4</sup>

Aus alledem folgt: Eine intensive ackerbauliche Nutzung ist für die Entwicklung von Sperbergrasmücke und Neuntöter unschädlich, sofern sie nicht direkt an die Bruthabitate heranreicht. Wenn zwischen diesen Ackerflächen und den Bruthabitaten Pufferstreifen, Staudensäume, Brachesäume oder Grünstreifen belassen werden, in denen sich eine reichhaltige Insektenfauna (z. B. Heuschrecken oder Käfer) entwickeln kann, widerspricht die landwirtschaftliche Flächennutzung nicht der Entwicklung dieser Vogelarten. Vor diesem Hintergrund ist kritisch zu prüfen, ob es naturschutzfachlich zwingend notwendig ist, die Maßnahmen so großflächig anzulegen, wie es der Managementplan vorsieht. Ein Beispiel (vgl. Maßnahme 258\_1 [Karte Maßnahmen Brutvögel1\_1 (5)]):



In diesem Zusammenhang ist auch kritisch zu prüfen, ob tatsächlich die gesamte Fläche ein Habitat für die Sperbergrasmücke und den Neuntöter ist. Es ist für die o. a. Bereiche fraglich, ob sich hier flächendeckend dichte Heckenstrukturen und Strauchgruppen vorhanden sind.

Die Landwirtschaftsbetriebe fordern daher,

**diese Maßnahmen auf die naturschutzfachlich erforderlichen Nahbereiche der Bruthabitate von Sperbergrasmücke und Neuntöter zu beschränken. Für die Flächen, die nicht Teil des Habitats von Sperbergrasmücke und Neuntöter sind, ist zu erklären, dass eine ackerbauliche Flächennutzung zulässig bleibt.**

<sup>4</sup> vgl. Bilder zu den Lebensräumen von Neuntöter und Sperbergrasmücke, in: StALU Westmecklenburg, Managementplanung für das Europäische Vogelschutzgebiet Schweriner Seen – Zielarten des Offenlandes, S. 6 und S. 13.

**3. Erhalt der Grünlandhabitate mit Deckung gebender Vegetation (Tabelle 21: 0275\_2, 0276\_2 und 283\_1 bis 0284\_1)**

Die Landwirtschaftsbetriebe weisen darauf hin, dass die geforderte extensive Bewirtschaftung des Grünlands auf Teilen der Maßnahmenflächen dazu führen wird, dass sehr wahrscheinlich ausschließlich Heu erwirtschaftet werden kann. Die Vorgaben für den Zeitpunkt der zulässigen Mahd und die – je nach den Witterungsbedingungen – herrschenden Wasserstände schließen es aus, diese Flächen zu beweiden oder Tierfutter anzubauen.

Das hat zur Folge, dass die erzielbaren Erträge nicht in der Lage sind, die Kosten der geforderten Bewirtschaftung zu decken. Eine Nutzung dieser Flächen im Sinne der Maßnahmen ist nur dann realistisch möglich, wenn das Land einen finanziellen Ausgleich leistet.

**4. Optimierung der Grünlandhabitate mit Deckung gebender Vegetation (Tabelle 21: 0283\_ bis 0284\_2 sowie 0285\_2)**

Diese Maßnahme wird als erforderlich erachtet, um es der Vogelart Wachtelkönig zu ermöglichen, einen günstigen Erhaltungszustand zu erreichen. Dazu stellen die Landwirtschaftsbetriebe Folgendes fest:

- Es ist naturschutzfachlich nicht nachvollziehbar, warum eine Fläche von 212 ha notwendig ist (vgl. Entwurf Tabelle 17, S. 80), damit ein günstiger Erhaltungszustand erreicht werden kann. Eine Begründung enthält der Managementplan dafür nicht. Dasselbe gilt für die angebliche Vorgabe auf mindestens 20 % der Habitatfläche Störtalwiesen eine deckungsreiche Vegetation wiederherstellen zu müssen.
- Die eingeforderte extensive Beweidung der Flächen widerspricht den Anforderungen, die Rotmilan, Schwarzmilan und Weißstorch an ihre Nahrungshabitate stellen. Es ist sicherzustellen, dass die Maßnahme, die eine Einschränkung der landwirtschaftlichen Flächennutzung zur Folge hat, nicht dazu führt, dass sich die Erhaltungszustände für diese Vogelarten verschlechtern.
- Es gilt hinsichtlich der Ertragsfähigkeit bei der geforderten Bewirtschaftung letztlich dasselbe wie für die Flächen, die für die Sicherung und Entwicklung des Wachtelkönigs extensiv zu bewirtschaften sind. Eine kostendeckende Flächennutzung im Sinne der Maßnahme erscheint ausgeschlossen. Das Land müsste einen entsprechenden Ausgleich leisten.

## 5. Schutz lichter, trockener Kiefernwald-Habitate mit halboffenem Charakter und strukturreichen Waldmänteln (Tabelle 21: 0342\_1)

Für die Sicherung des Erhaltungszustands der Heidelerche fordert der Managementplan, dass Aufforstungen von Schneisen und Lichtungen zu unterlassen sind. Für dieses absolute Aufforstungsverbot gibt es keinen überzeugenden naturschutzfachlichen Grund.

Es ist bereits unverständlich, dass die Heidelerche in dem Schutzgebiet als Zielart aufgenommen wurde. Im Jahr 2009 wurden in Mecklenburg-Vorpommern zwischen 3.500 und 6.000 Brutpaare ermittelt. Davon gab es zwei Brutpaare in dem Schutzgebiet. Es ist davon auszugehen, dass die naturräumlichen Gegebenheiten in dem Schutzgebiet nicht geeignet sind, damit sich die Heidelerche flächendeckend ausbreiten kann. Diese Vogelart ist angewiesen auf Kiefernwälder und trockenwarme Offenflächen mit schütterer Vegetation, vorzugsweise auf Sandböden. Diese Sandböden sind in dem Schutzgebiet selten – Sande treten deutlich zurück und befinden sich im Schutzgebiet hauptsächlich nördlich des Schweriner Außensees und im Bereich der Döpe.

Der Managementplan soll damit eine Maßnahme für eine Vogelart aufnehmen, die sich aufgrund der natürlichen Gegebenheiten in dem Gebiet gar nicht optimal entwickeln kann. Zudem steht die Vorgabe in der Maßnahme, Aufforstungen zu unterlassen, im Widerspruch zur guten forstwirtschaftlichen Praxis. Die Aufforstung von Schneisen und lichten Bereichen kann für das forstwirtschaftliche Landesziel, den Anteil an Laubbaumarten zu erhöhen, erforderlich sein. Ferner ist es unzutreffend, wenn der Managementplan suggeriert, die Heidelerche könne sich allein in lichten Bereichen ohne Bäume gut entwickeln. Zumindest über einen Zeitraum von mehreren Jahren bietet eine frisch aufgeforstete Flur einen geeigneten Lebensraum für die Heidelerche. Erst bei einer zunehmenden Überdeckung könnte der Bereich nicht mehr als optimales Habitat eingestuft werden. Das ist aber unschädlich für den lokalen Erhaltungszustand der Heidelerche, wenn innerhalb von (größeren) Forsten über die Jahre mehrere Schlagfluren vorhanden sind. Dann kann die ohnehin als unstete Art zählende Heidelerche den Standort wechseln, ohne dass sich ihr Erhaltungszustand verändern würde. Diese Einschätzung wird durch die avifaunistische Fachliteratur bestätigt:

*„(Die Heidelerche) benötigt trockene, gut durchsonnte Standorte mit teilweise vegetationslosen Arealen und angrenzender lückenhafter, nicht zu hoher Vegetation, wobei Sträucher und Bäume oder auch Zäune und Elektroleitungen als Sing- und Sitzwarten vorhanden sein müssen. Diese Ansprüche werden auf extensiv beweideten Trockenrasen und Heidegebieten, aber auch auf temporären Brachen (z.B. Industriebrachen), Kahlschlägen, Aufforstungen und auf durch Wälder verlau-*

*fenden Hochspannungstrassen erfüllt.*<sup>5</sup> (Hervorhebung nicht im Original)

Die Landwirtschaftsbetriebe fordern daher,

**das Verbot zu streichen, Schneisen und Lichtungen zum Schutz der Heidelerche nicht aufforsten zu dürfen.**

#### **6. Schutz von Nahrungsflächen für Gänse und Schwäne (Tabelle 22: 0001\_1 bis 0020\_1)**

Es sollte ausdrücklich klargestellt werden, dass eine Nutzung der Flächen im Rahmen der guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft (vgl. § 5 Abs. 2 BNatSchG) der Vorgabe entspricht, die betreffenden landwirtschaftlichen Flächen störungsarm zu nutzen.

Die Landwirtschaftsbetriebe fordern daher die folgende Formulierung für die Maßnahme vor:

**Schutz der Nahrungsflächen für Gänse und Schwäne durch:**

**Erhalt großer, störungsarmer landwirtschaftlich genutzter Flächen im Sinne der guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft (...)**

Diese Forderung gilt für sämtliche Maßnahmen, die in der Tabelle 22 aufgeführt sind und den Erhalt störungsarmer Landwirtschaftsflächen einfordern.

#### **IV. Sonstiges**

Nachfolgend weisen die Landwirtschaftsbetriebe auf Gesichtspunkte hin, die sich nicht einer bestimmten Maßnahme zuordnen lassen.

- Wir übersenden in dem Managementplan eine Karte, aus der hervorgeht, dass die Darstellung von bestimmten Maßnahmen nicht mit den tatsächlichen Nutzungsverhältnissen übereinstimmt.

#### **Anlage 1**

Es handelt sich um Hinweise des Landwirtschaftsbetriebs „Christian Nagel“. Aus diesen Hinweisen ergibt sich, dass die Maßnahmenkartierung zu ändern ist. Andernfalls würde die kartografische Darstellung die geplanten Maßnahmen falsch

---

<sup>5</sup> Atlas der Brutvögel in Mecklenburg-Vorpommern, 2006.

wiedergeben, wodurch bestimmte Flächen mit Maßnahmen versehen wären, die dort gar nicht durchgeführt werden können.

Ferner übersenden wir zwei weitere Karten, in denen der Landwirtschaftsbetrieb „Christian Nagel“ darauf hinweist, dass die Karte „1a – Aktueller Zustand Planung 1 (1)“ die tatsächliche Flächennutzung unzutreffend wiedergibt.

## Anlage 2

Die Karte ist entsprechend zu korrigieren.

- Wir übersenden eine weitere Karte als

## Anlage 3.

Aus dieser Karte ergibt sich, dass zwei Ackerflächen in den Maßnahmenkarten unzutreffend als Grünland ausgewiesen sind, obwohl es sich um Flächen handelt, auf denen Ackergras ausgesät wird. Es handelt sich unter landwirtschaftlichen Gesichtspunkten um Ackerland.

- Die Vorgaben für die Grünlandbewirtschaftung (Entwurf, S. 108 f.) stehen teilweise im Widerspruch zu den einzelnen Maßnahmen in der Tabelle 21.

Der Managementplan (Entwurf S. 108) fordert auch für den Neuntöter und die Sperbergrasmücke sowie den Weißstorch, dass Grünland extensiv zu bewirtschaften ist. Diese Forderung ist in den Maßnahmenbeschreibungen der Tabelle 21 nicht enthalten. Danach reicht es aus, das Grünland zu erhalten (vgl. Maßnahme 214\_1); von einer extensiven Bewirtschaftung ist nicht die Rede. Es ist naturschutzfachlich auch nicht erforderlich, die Grünlandflächen extensiv zu bewirtschaften, damit sich der Erhaltungszustand für diese Arten entwickeln kann. Insbesondere der Weißstorch, aber auch die Sperbergrasmücke und der Neuntöter profitieren von intensiv genutztem Grünland, sofern diese Flächen häufig gemäht werden. Maßgeblich ist, dass die Nahrung für die Vögel kontinuierlich verfügbar ist. Das kann extensiv genutztes Grünland nicht in jedem Fall erfüllen: Hier ist das Nahrungsangebot tendenziell zwar höher, jedoch die Verfügbarkeit erheblich geringer, weil die Flächen in der Regel deutlich seltener und später gemäht werden.

Die Mahd-Vorgaben auf den Habitatflächen des Wachtelkönigs sehen in der Tabelle 21 vor, dass die Flächen nicht vor dem 15.07. eines Jahres gemäht werden dürfen (vgl. Maßnahme 0275\_2). Der Plantext (Entwurf, S. 109) sieht vor, dass die Mahd nicht vor dem 15.06. eines Jahres stattfinden darf. Die Erläuterung der Wiederherstellungsmaßnahme sieht vor „(...) *Mahdbeginn nicht vor dem 15. Juli; besser ab dem 15. August*“ (Entwurf, S. 112). Es klar erkennbar sein, welche Vorgabe für die Mahd tatsächlich gilt.

- Es ist nicht erforderlich, die Einzäunung von Grünlandflächen mit Stacheldraht zu verhindern, um den Kranich zu schützen (so aber Entwurf, S. 108). Nur sehr selten bleiben Jungkraniche in Stacheldrahtzäunen hängen. Die Alternative für die Weidetierhaltung – Stromzäune – ist für den Jungkranich ebenfalls schmerzhaft bis tödlich. Für die Tiere (Rinder), die auf der Weide gehalten werden sollen, sind Stromzäune kein wirksames Hindernis. Weil die Schadenereignisse für Kraniche sehr selten sind und alternative Einzäunungen ihren Zweck schlechter erfüllen als Stacheldrahtzäune, sollte diese Vorgabe aus dem Managementplan gestrichen werden.
- Die Vorgabe, strukturgebende Elemente nicht beeinträchtigen oder beseitigen zu dürfen (Entwurf, S. 108), bedarf der Aufnahme einer Erheblich- und Nachteiligkeitsschwelle. Diese sind jedenfalls in § 20 Abs. 1 NatSchAG M-V vorgesehen. Diese Schwellen unterhalb derer ein Eingriff naturschutzrechtlich irrelevant ist, sind auch erforderlich, weil der Managementplan den Erhalt dieser Elemente fordert. Unerhebliche Beeinträchtigungen stehen dazu in keinem Widerspruch.

## **V. Weiteres Vorgehen**

Wegen der knappen Zeit war es nicht möglich, sämtliche Maßnahmen in dem Managementplan und ihre Grundlagen zu untersuchen und zu bewerten. Vor diesem Hintergrund behalten wir uns vor, unseren Vortrag zu ergänzen. Wenn zu Maßnahmen Ausführungen notwendig sein sollten, die in dieser Stellungnahme nicht berücksichtigt werden, bitten die Landwirtschaftsbetriebe um einen Hinweis. Sie würden ihre Ausführungen dann ggf. ergänzen. Dasselbe gilt, wenn es für die Bewertung der Stellungnahme erforderlich sein sollte, die o. a. Ausführungen zu ergänzen oder zu vertiefen.

Für den Managementplan „Wismarbucht und Salzhaff“ hat ein Erörterungstermin stattgefunden, auf dem die Einwände gegen die Maßnahmen und der sich daraus ergebende Änderungsbedarf diskutiert wurden. Wir bitten um eine kurzfristige Mitteilung, wann ein entsprechender Termin für den Managementplan „Schweriner Seen“ stattfindet. Für den Fall, dass ein Erörterungstermin nicht geplant sein sollte, schlagen wir ein gemeinsames Gespräch vor, in dem wir die Forderungen und Vorschläge der Landwirtschaftsbetriebe erläutern und erörtern können.

Wir weisen höflich darauf hin, uns jedenfalls in die weitere Abstimmung mit den Landwirtschaftsbetrieben, auch hinsichtlich eines Besprechungstermins, einzubinden, für die wir diese Stellungnahme eingereicht haben.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Robert Krüger  
Rechtsanwalt